

1.1 Rechtsgebiete

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein *Rechtsstaat*, d. h. staatliches Handeln darf nicht ohne Gesetzesgrundlage erfolgen. Daher kann es in der Prüfung zu Aufgaben kommen, die Ihre *Kenntnis des Gesetzgebungsverfahrens* abfragen. Machen Sie sich anhand der nachfolgenden Übersicht das Prinzip der einzelnen Schritte klar. Beachten Sie dabei, dass wir neben dem *Bundestag* als gesetzgebendes Organ eine zweite Kammer, den *Bundesrat*, haben, der in bestimmten Bereichen den vom Bundestag entworfenen Gesetzen zustimmen muss.

Übersicht Gesetzgebungsverfahren

1. Die Bundesregierung leitet dem Bundestag einen Gesetzentwurf zu.
2. Der Bundestag verweist den Gesetzentwurf an die Ausschüsse.
3. Der Bundestag verabschiedet das Gesetz in zweiter und dritter Lesung.
4. Der Bundesrat ruft den Vermittlungsausschuss an.
5. Der Bundestag stimmt den Änderungen des Vermittlungsausschusses zu.
6. Der Bundespräsident unterzeichnet das Gesetz.
7. Das Gesetz wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Die vorstehende Übersicht stellt das Gesetzgebungsverfahren *vereinfacht* dar, damit es leichter lernbar ist. Tatsächlich hat nicht nur die Bundesregierung das sogenannte „*Gesetzesinitiativrecht*“, sondern auch der Bundesrat, und die Abgeordneten und Fraktionen des Bundestags ebenso. Die meisten Gesetzentwürfe kommen jedoch von der Bundesregierung als Exekutivorgan (ausführende Gewalt), und sie muss ihre Entwürfe zunächst dem Bundesrat zur *Stellungnahme* vorlegen, bevor sie im Bundestag diskutiert werden können. *Gesetzesvorschläge des Bundesrats* gehen umgekehrt zunächst an die Bundesregierung, bevor sie in den Bundestag eingebracht werden. So kann der Verwaltungsapparat der Bundesregierung den notwendigen *Feinschliff* der Formulierung vornehmen und durch den Bundesrat werden die *Interessen der Länder* vorab geklärt, bevor der Bundestag als beschlussfassendes Organ in die Diskussion geht.

In den *Ausschüssen* des Bundestags findet die eigentliche Arbeit statt und es werden verschiedene Interessengruppen und von dem neuen Gesetz Betroffene angehört (*Anhörungen*). Nachdem das Gesetz vom Bundestag verabschiedet wurde, wird es an den Bundesrat weitergeleitet. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen *Zustimmungsgesetzen* und *Einspruchsgesetzen*. In bestimmten Rechtsbereichen, vor allem wenn Länderinteressen deutlich betroffen sind, *muss* der Bundesrat für das Wirksamwerden des Gesetzes zustimmen, er *kann* den *Vermittlungsausschuss* (zwischen Bundestag und Bundesrat) anrufen. Tut er dies nicht, scheitert das Gesetz, es wird nicht wirksam. Welche Rechtsbereiche zustimmungspflichtig sind, steht im Grundgesetz und ist an der Formulierung „*mit Zustimmung des Bundesrats*“ zu erkennen, die Zustimmungspflicht kann sich aber auch aus dem Sachverhalt ergeben. Streitigkeiten zwischen Bundestag und Bundesrat wie auch zwischen anderen Staatsorganen werden vom Bundesverfassungsgericht geklärt.

Bei *Einspruchsgesetzen* kann der Bundesrat gegen das Gesetz Einspruch einlegen und der Vermittlungsausschuss wird angerufen. Legt der Bundesrat keinen Einspruch ein, gilt das Gesetz als zustande gekommen, muss aber für das Wirksamwerden noch vom Bundespräsidenten unterzeichnet und dann veröffentlicht werden.

Nehmen Sie ein Grundgesetz zur Hand und lesen Sie den ersten Satz von *Artikel 70*: „Die *Länder* haben das Recht zur Gesetzgebung ...“ Sofern ein Bereich, der bisher von den Ländern alleine (und unterschiedlich) geregelt wurde, vom Bund übernommen wird, kommt es zu einer bundeseinheitlichen Regelung (*Bundesrecht bricht Landesrecht*). Für welche Bereiche der Bund und für welche die Länder zuständig sind, finden sie in den dem Artikel 70 folgenden Artikeln. Seit Herbst 2006 dürfen die Ländern in bestimmten Bereichen auch von der Bundesgesetzgebung abweichende Regelungen schaffen.